

**Antrag 274/I/2025****Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Suchtprävention durch Design-Regulierung**

1 Wir fordern die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, im  
2 Bundestag und im europäischen Parlament auf, sich in  
3 der EU für verbindliche Designregeln für Social-Media-  
4 Plattformen einzusetzen.

5  
6 Folgende Designprinzipien könnten zum Beispiel in der  
7 Unfair Commercial Practices Directive (2005/29/EG) euro-  
8 parechtlich geregelt werden:

- 9 • Verbot von Autoplay-Funktionen und endlosem  
10 Scrollen („Infinite Scroll“)
- 11 • Verpflichtende Transparenz für Nutzende über die  
12 Funktionsweise ihrer Empfehlungsalgorithmen
- 13 • Einführung von pop-up Zeitlimits per Default
- 14 • Gestaltung der Startseite ohne algorithmisch opti-  
15 mierte Empfehlungen (z. B. Beiträge von abonnierten  
16 Kontakten)
- 17 • Verfügbarkeit eines „Boring Modes“ als weniger  
18 aufmerksamkeitsintensive, optional aktivierbare  
19 Version

20

21

**22 Begründung**

23 Zahlreiche Studien zeigen eine besorgniserregende Kor-  
24 relation zwischen exzessiver Social-Media-Nutzung und  
25 psychischer Belastung – insbesondere bei Jugendlichen,  
26 aber längst nicht nur dort. Dennoch ist der aktuelle Ansatz  
27 in Ländern wie Australien, Social Media ab 16 zu verbieten  
28 und durch verpflichtende Altersverifikation zu regulieren,  
29 der falsche Weg.

30

31 Erstens geht das Problem über Jugendliche hinaus: Auch  
32 Erwachsene leiden unter suchtverstärkenden Plattform-  
33 designs, werden abgelenkter, emotional instabiler und  
34 verlieren Zeit. Altersverifikation schützt sie nicht. Zwei-  
35 tens würde eine Ausweispflicht online das Recht auf An-  
36 onymität im digitalen Raum massiv einschränken. Zumal  
37 eine verpflichtende Identifikation mit dem Personalaus-  
38 weis mit erheblichen Risiken für Datenschutz und An-  
39 onymität im Netz verbunden ist. Sie schafft neue An-  
40 griffspunkte für Missbrauch sensibler Daten und gefähr-  
41 det Meinungsfreiheit. Drittens ist die Wirksamkeit solcher  
42 Maßnahmen zweifelhaft: Technische Umgehungen durch  
43 Kinder und Jugendliche sind realistisch, wie Erfahrungen  
44 mit Computerspielverboten für Jugendliche in Südkorea  
45 zeigen.

46

47 Die soziale Spaltung in „drinnen“ und „draußen“ ver-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme und Überweisung S&D (Konsens)**

48 schärft sich, ohne die strukturellen Ursachen zu adressie-  
49 ren. Die Eingriffe stehen so in keinem Verhältnis zum Nut-  
50 zen. Stattdessen sollten Social-Media-Plattformen in die  
51 Pflicht genommen werden, ihre Dienste so zu gestalten,  
52 dass sie nicht systematisch auf maximale Nutzungsdauer  
53 und Aufmerksamkeit optimiert sind. Ein solcher „Design-  
54 Ansatz“ stärkt den Jugend- und Gesundheitsschutz, oh-  
55 ne Freiheitsrechte übermäßig einzuschränken. Er schützt  
56 nicht nur Kinder, sondern die gesamte Gesellschaft – und  
57 macht die digitale Öffentlichkeit fairer und gesünder.